

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostjachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für Monat (frei Haus) 2 RM. (Halbmonat 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Hauptstadt, u. Expedition: Postfach 100, Dresden-Alt / Postfach 100, Dresden-Alt, 13555, Emil Schlegel
Druckerei: Dresden-Alt, Wasserstraßen 2 / Fernruf: Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Montag, den 2. Mai 1927 Nummer 101

Der Maiaufmarsch Im Zeichen der Linksentwicklung

Glänzender Verlauf und Massenbeteiligung an den Maidkundgebungen der KPD im ganzen Reich

Der gestrige Maiaufmarsch in Dresden stand im Zeichen der Stärkung der revolutionären Bewegung und der wachsenden Sympathie der Arbeiterschaft für die kommunistische Partei. Die Beteiligung an dem Demonstrationzug der Kommunisten betrug gegenüber dem vorigen Jahre mehr als das Doppelte. Die an den Straßen lebende Bevölkerung, die diesmal auch im großen Umfange vorhanden war, zeigte, daß die breiten Massen sich in immer stärkerer Weise der KPD zuwenden. Viele Häuser waren rot geflaggt. An manchen Häusern waren Transparente angebracht, welche die Parolen der KPD zu den politischen Forderungen enthielten.

Kurz nach Mittag begannen in allen Stadtteilen die Aufmärsche der einzelnen Jüge. Vielfach unter Voranmarsch der Kapellen der Frontkämpfer bewegten sich die Jüge zum Sportplatz. Von hier erfolgte der gemeinsame Aufmarsch nach dem Sportplatz des DSB in der Hauptstraße. Über dem Zug wehten in unendlicher langer Reihe die roten Fahnen. Transparente leuchteten und forderten auf zur gemeinsamen Front gegen den Faschismus, zur Unterstützung der chinesischen Revolution, zum Sturz der Bürgerherrschaft, zum Kampf gegen die kapitalistische Nationalisierung und für den Achtstundentag. Propagandamänner erinnerten daran, daß immer noch viele proletarische Klassenkämpfer in den Gefängnissen schmachten. „Heraus mit den politischen Gefangenen!“ das war die Forderung eines Buchhändlertransparentes. Die Jugend demonstrierte für Jugendbeschäftigung und Jungpartaktus für den Schutz der Kinder.

Über 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen, Jugendliche und Pioniere beteiligten sich an diesem Maiaufzug.

Für alle Beteiligten war dieser Aufmarsch eine starke Belebung zu neuer entschiedener Arbeit. Zeigte doch dieser Aufmarsch jedem Arbeiter, daß trotz des Druckes der Reaktion trotz der relativen Stillstandes des Kapitalismus, die revolutionäre Bewegung marschiert.

Auf dem Sportplatz war die Beteiligung noch größer. Schon über 1000 Personen waren auf dem Sportplatz vorhanden, als der Demonstrationzug dort ankam.

Gemeinsam spielten dort die Frontkämpferkapellen: „Brüder zur Sonne, zur Freiheit.“ Ein Sprecher der Jugend schloß ab mit der Ermahnung zum Kampf in die Massen. Arbeiterlänger sangen die „Internationale“.

Zu den Demonstranten sprach dann Genosse Kadel.

Er erinnerte eingangs seiner Ausführungen an den Einmarsch der weißen Garde am 1. Mai 1919 in München. Während die Arbeiter, eingewillt von den Friedenskommissionen reformistischer Führer, friedlich demonstrierten, ermordeten Schindertruppen der neuen Republik revolutionäre Münchner Proletarier, die aus dem Scholel von der Sozialisierung die ersten praktischen Schritte zu neuen Verträgen hatten. Und von Jahr zu Jahr wuchsen die Kräfte der Reaktion, erstarrte die Bourgeoisie. Der Nationalisierungseifer hat der deutschen Bourgeoisie die Hände für aktives Eingreifen in die imperialistische Politik gegeben. Der Stahlhelm aufmarsch in Berlin ist eines der Symptome. Neue Kriegsgefahr droht. In China sind bereits die Imperialisten gerückt, dem ringenden chinesischen Volke an die Gurgel zu springen. Im Balkan-Winkel gärt es wieder. In dieser Situation wachsen aber auch die Kräfte der Arbeiterschaft, wächst der Wille zu einheitlichem, geschlossenem Kampf. Noch können laborierendes reformistische Führer diese Gefährlichkeit hindern. Doch schon wachsen die Kräfte, die fähig sein werden, die ausgebeuteten Massen unter dem roten Banner der proletarischen Revolution zu einen und sie zu einer eisernen Kampffront zusammenzuschließen. Diese revolutionäre Einheitsfront lebe hoch!

Anschließend forderte ein Sprecher der Jungpartaktsbundes zur Fortsetzung des Kampfes auf. Die Arbeiterlänger sangen die „Internationale“.

Genosse Kerner zeigte dann, daß der diesjährige Maiaufmarsch das ständige Anwachsen der revolutionären Bewegung beweise. Die Massen, die heute aufmarschiert seien, müssen im Laufe der Woche dafür wirken, daß auch am Sonntag, dem 8. Mai, wo freies Stahlhelmsfest nach Berlin fahre, alle auf dem Vollen stehen. Die Stahlhelmer sollen wissen, für jeden Arbeiter, den sie angreifen, werden sie die entsprechende Antwort bekommen. Genosse Kerner forderte besonders auf, die roten Frontkämpfer und die Arbeiterpartei zu unterstützen und eine gemeinsame rote Front zu bilden.

Den Abschluß der Veranstaltung bildete ein Fußballkampfspiel des DSB gegen Pirna, das 2:2 endete.

Für die Kinder waren vom JSD Kinderspiele veranstaltet, die rote Fische führte eine Verlosung zugunsten der politischen Gefangenen durch.

Der Maiaufmarsch der KPD stand im Zeichen der Entschlossenheit, den revolutionären Kampf mit aller Energie fortzusetzen.

Im selben Maße, wie sich die Massen der KPD zuwenden, im gleichen Maße nimmt die Beteiligung bei der reformistischen SPD ab. Die Jüge die unter dem Banner der Hindenburgrepublik nach dem Theaterplatz zogen waren sehr flüchtig. Die Gesamtbeteiligung war schon nicht mehr größer als die Beteiligung bei der KPD. Der ganze Aufzug der SPD stand im Zeichen der Depression. Während bei dem Demonstrationzug der KPD die Kapellen des Roten Frontkämpferbundes revolutionäre Weisen erklingen ließen, klangen aus dem Zuge der SPD nämlich die Melodien von Trübsinn und Wankerniedern. Eine Episode des reformistischen Aufmarsches verdient es aber, besonders eingehalten zu werden. Demonstrierte schon die SPD unter den Farben der Republik, die dem 1. Mai den härtesten Kampf angelegt hat, so zog auf dem Theaterplatz eine Gruppe Kraftfahrer auf, die ebenfalls das Banner der Hindenburgrepublik mitführten.

Die Dresdner Kraftfahrer liegen im Lohnkampf, die Regierung der Republik steht gegen die Kraftfahrer, diese aber tragen dafür die Farben der Republik der Kapitalisten (parten). Ob den Kraftfahrern ihre Rolle nicht zum Bewußtsein gekommen ist?

Diesmal marschierten die Arbeiter, getrennt gehalten durch das Ziel reformistischer Führer, noch nebeneinander die gesamte Arbeiterschaft wird alle Kraft daransetzen, daß die nächsten Aufmärsche wieder in einer Front unter den roten Fahnen erfolgen. Diejenigen aber, die sich dem gemeinsamen Aufmarsch entgegenstellen, müssen allein bleiben.

Vormwärts in neuer Arbeit für die revolutionäre Front der arbeitenden Klasse.

Der 1. Mai in England

London, 1. Mai. (Telefon.)

Die Arbeiter in England fanden unter lebhaftem Zuspruch im Zeichen des Kampfes gegen den Krieg in China und gegen die Gewerkschaftslosigkeit der Regierung. Auf Tausenden von Plakaten und Flugblättern wurde zur Unterstützung im Kampf gegen das ausländische Militär in China geworben. Eine kleine Abteilung chinesischer Arbeiter im allgemeinen Zuge wurde mit besonderem Beifall begrüßt. Wegen der Gewerkschaftslosigkeit wurde Baldwin beiderseits hoch auf Hunderten von Plakaten uetel, und besonders ein Sarg als Symbol der Gewerkschaftslosigkeit mit der Aufschrift „Lebe wohl!“ löste lebhaften Beifall aus. Rund 2 Stunden dauerte der Aufmarsch zum Hyde Park, der ohne Zwischenfall vor sich ging. Dort sprachen 12 Redner zu den Massen.

Am Abend wurde in Versammlungen eine einheitliche Resolution angenommen, in der die Baldwin-Regierung als eine rassistische Regierung bezeichnet wird, die nur die Minderheit des Landes vertritt und sich selbst als Feind der Arbeiterschaft erwiesen habe. Die Resolution stellte folgende besonders schwere Vorwürfe fest: 1. den Angriff auf die Gewerkschaften durch die rassistische Gewerkschaftslosigkeit, 2. den Angriff auf die kooperativen Gesellschaften, 3. den Angriff auf die Arbeitlosen durch die Annahme des Flansburg-Berichtes und die neuen Vorwürfe für die Armen-Gesetzgebung, ferner durch die rassistische Kartisierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens. Weiterhin wurden der Rücktritt der Baldwin-Regierung und damit alle notwendigen Schritte einschließlich des Generalkonflikts gefordert. Ferner wurde die Freilassung der in Amerika zum Tode verurteilten italienischen Sozialisten Sacco und Bonetti und der im Verlaufe des letzten Jahres der Bundeskomitee verhafteten Arbeiter gefordert. Die Versammlung gratulierte den chinesischen Nationalisten zu ihren Erfolgen. Sie verpflichteten sich ferner, in allen Bezirken des Landes Komitees zur Förderung der Freitreibungen der Regierung Chinas einzusetzen und die Zurückziehung der britischen Truppen aus China zu sichern. Sie forderten hierzu die Einberufung eines Nationalkongresses der englischen Gewerkschaften. Sie verurteilten schließlich die von der Baldwin-Regierung verfolgte antirussische Politik und die diplomatischen und militärischen Vorbereitungen für einen baldigen Angriff auf den russischen Arbeiterstaat.

Die Befinger Hinrichtungen

Peking, 29. April. (Telegraphen-Agentur Inprekorr.)

Der kommunistische Professor Vialichou und 19 andere chinesische Kommunisten, die während des Ueberfalls auf die Befinger Sowjetbotschaft verhaftet worden waren, wurden am 28. April nach der Rückgabe einer zweitägigen „Gesichtshörungs“ durch Gewürge hingerichtet.

Die Befinger Agentur Tichuanan hebt die „ungünstige Einstellung der öffentlichen Meinung gegenüber den russischen Kommunisten, die während der Durchsuchung der Sowjetbotschaft verhaftet wurden“, hervor.

Unter obigem Titel veröffentlicht die Frankfurter Zeitung vom 30. April ein Kabeltelegramm ihres Befinger Korrespondenten vom 29. April:

„Die am gestrigen Donnerstag erfolgte Hinrichtung von ungefähr zwanzig der am 6. April in der russischen Botschaft verhafteten Kommunisten stellt sich als ein glatter Zankhieb dar. Das mit ihnen angestellte Gerichtsverfahren war lediglich eine Farce, denn während der nicht mehr als zwei Stunden dauernden Verhandlung des Sondergerichts wurden die Särge bereits bereit. Die Hinrichtung erfolgte durch Erhängen. Daß die sechs Diplomatisten durch Tölpelung an dieser Verbarbarisierung mitschuldig geworden ist, steht außer Zweifel. Die ausländischen Gesandtschaften haben dadurch der Autorität des Gesandtschaftsbezirks eine schwere Schütterung zugefügt und infolgedessen selber teilsigen Stoff für die Negation zur Aufhebung der Legation Quartier geliefert. Unter allen objektiven denkenden Anwältern ist die Empörung sehr groß. Sie geht so weit, daß nun auch unter diesen die Forderung nach einer Aufhebung des Gesandtschaftsbezirks laut wird.“

Das barbarische Verbrechen, das auf dem Konto der in China um ihre Interessen intervenierenden Imperialisten zu sehen ist, muß die schreiende Protestaktion des internationalen Proletariats auslösen. In den Betrieben gilt es jetzt zu diesem Schreckensregiment Stellung zu nehmen. Den chinesischen Arbeitern muß die tatkräftige Unterstützung und praktische Solidarität des Weltproletariats in diesem gigantischen Ringen zu teil werden.

Die Fenster an der Arbeit

Moskau, 30. April. (Telegraphen-Agentur Inprekorr.)

Der heutige Leitartikel der Prawda: „Die Fenster an der Arbeit“ weist darauf hin, daß die Verantwortung für die Hinrichtung Vialichou und 19 anderer Kommunisten nicht allein auf die chinesische Soldateska, nicht allein auf die Kauerbande Tchangkaing, sondern auch auf die sogenannte zivilisierte Welt fällt. Der Wille an den chinesischen Kommunisten ist das Werk des internationalen Imperialismus, der zu den ungeheuerlichen Verbrechen bereit ist, damit nur kein Recht auf Kolonialraub gewahrt bleibt. Das Töten der chinesischen Kommunisten ist gewissermaßen die beste Waffe für die Führer der Weltbourgeoisie. Die Forderung an der Vorhut der nationalen Freiheitsbewegung Chinas ist lediglich ein Glied in jener Kette, mit der die Weltrevolution

in Osten und Westen erschollt werden soll. Tchangkaing neigt seinen Helfern reichlich den Worten Kaja Luxemburgs und Karl Liebknechts, dem blutigen Horrib, den imperialistischen Faschisten, dem bulgarischen Diktator Jankoff und allen anderen Helfern des weißen Terror, die Hand. Doch weder die Wut der Reaktion, noch deren behaltliche Forderungen werden die große historische von Tchangkaing lokalisierten Umlagen ausgeübte Bewegung aufhalten. Wenn die wertvollsten Massen Chinas, wenn die verächtliche, rüchliche, bettelarme chinesische Bauernschaft ein solches kann, so erlaubt schon dies allein, daß auch die behaltlichen Forderungen die Revolution nicht aufhalten vermögen. Angesichts zahlloser Opfer wird die chinesische Revolution in ihrer Entwicklung vorwärtsdrücken, und mit jedem Schritt wird die Arbeiterklasse als Vorhut vordrücken, ihren Einfluß auf die Bauernschaft vergrößern und den Unterdrückten die Grube graben. Fenster mir die Forderung der wertvollsten Menschheit geflossen! Einiges Wenden den toten Genossen! Tschud den Mördern!

Bringt Hilfe den chinesischen Arbeitern!

Verhindert einen neuen Weltkrieg!

Hankau, 30. April. (Telegraphen-Agentur Inprekorr.)

Genosse Tom Man telegraphiert aus Hankau: Die Mobilisierung der Kriegsschiffe schließt zehn britische Schiffe ein, die zur Bombardierung bereit sind. Dieser schamlose Angriff kann nur durch eine direkte Aktion der Arbeiter Großbritannien ausgehalten werden. Solange diese Aktion ist notwendig, um einen neuen Weltkrieg zu verhindern. Die chinesischen Gewerkschaften verlangen die Hilfe der britischen in diesem schrecklichen Kampfe.

Vormarsch in Honan

Wuhan, 29. April.

Die chinesische Nationalregierung meldet, daß 70 000 Soldaten der Nationalarmee in der Provinz Honan vorrückten. Dieses Vorwärtsschieben zielt auf eine gemeinsame Aktion mit Fengjuhsiang und dem Tapan der Provinz Schan. Fengjuhsiang, ab die gegen Peking ziehen, um Tchangkaing zum Rückzug nach dem Norden jenseits der großen chinesischen Mauer zu zwingen.

Wuhan, 29. April.

Der Außenminister der Nationalregierung, Eugen Tchen, wies in einer Unterredung mit einer Abordnung amerikanischer Unternehmer, die ihn besuchte, die Vermutung zurück, daß die Politik der Nationalregierung gegenwärtig oder sonst jemals die Vernichtung des ausländischen Handels mit China angestrebt hätte. Tchen betonte, die Nationalregierung folge in ihrer Wirtschaftspolitik der Theorie Sunghens, daß die Heranziehung des ausländischen Kapitals zur erfolgreichen Entwicklung Chinas notwendig sei. Tchen wies auch darauf hin, daß die Regierung und die Kuomintang nach der Entlassung der ersten Fragen des Parteilebens nunmehr zu einer zeitweiligen Regelung der Wirtschaftsfragen geschritten seien und eine Reihe von Maßnahmen im Einvernehmen mit den Arbeiterorganisationen ausgearbeitet haben.

hr, nach
Mai d. l.
Musik.
m
ANDE
tag:
n
7 Uhr
Mark 0.50
Ost
feler!
er Str.
ake!
medken
sonntag
gedfnet
Blick
na Tel. 44
Uhr
Ball
Unterhaltung
n und Frau.
se, Pirna
emutlicher
in Riedel
Copitz
Vereine
immer und 200
Frau
schisches, Nieder
Pirna
schne
schaffige
Kegelbahn
t und Frau
sstelle
waren
selt
irane
e-Lager
del
kolonia woren
roderwitz
backerei
ilngsbüch
n Unter
and Frau

Maidemonstrationen im Bezirk und Reich

Die Kundgebung in Freital.

Die gestrige, von der KPD organisierte Maidemonstration nahm einen glänzenden und eindrucksvollen Verlauf. Die Beteiligung war trotz der Sabotage der SPD und der Bezirkskommission der Gewerkschaften, die eine gemeinsame Kundgebung verhinderten, bedeutend stärker und besser als im Vorjahre. Am Demonstrationszuge beteiligten sich circa 1500 Personen. Die Abendveranstaltung war bereits lange vor Beginn derartig stark besucht, daß eine große Anzahl keinen Zutritt mehr erhalten konnte.

Die SPD und die Bezirkskommission der Gewerkschaften haben in diesem Jahre auf eine Morgenveranstaltung überhaupt verzichtet. Die SPD hatte anscheinend nicht einmal genügend Leute zum Vertrieb ihrer Mairöschchen zur Verfügung. Am Nachmittag veranstaltete sie einen Familienausflug nach Weiskig. Am Zielplatz in Freital-Potschappel hatten sich dazu einschließlich der Kinder und Ziehharmonikatruppe etwa 280 Personen eingefunden. Die Gesamtzahl der Beteiligten dürfte mit etwa 700-800 Personen sehr reichlich geschätzt sein.

Glänzende Demonstration in Reuben-Zichahwiy

Zu einer imposanten Demonstration gestaltete sich die Maidemonstration, die gemeinsam vom Sportklub Reuben-Niederlöbich und der KPD veranstaltet wurde. An dem eindrucksvollen Demonstrationszuge, in dem viele rote Fahnen und Transparente mitgeführt wurden, beteiligten sich 1200 Personen. In Zichahwiy hielt der Genosse Quaij sich eine hündende Ansprache an die im Anschluß stattfindende Versammlung. Die Kundgebung war die bisher größte Demonstration. Die Abendveranstaltung war von etwa 600 Personen besucht.

Die SPD, die mit nichtigen Ausreden das Zustandekommen einer gemeinsamen Kundgebung zu sabotieren versuchte und eine eigene Veranstaltung traf, erlitt ein schmachvolles Fiasko. Ganze 200 Mannlein hatte man mit Ah und Krach auf die Bühne gebracht. Der offensichtliche Mißerfolg dürfte den Herrschaften zum Bewußtsein bringen, daß sie die Einheitsfront der Arbeiter nicht ungestraft spalten und sabotieren dürfen.

Der 1. Mai in Perna

Auch hier zeigte der Aufmarsch zum 1. Mai das stetige Vordringen der revolutionären Bewegung. In starker Anzahl beteiligte sich die arbeitende Bevölkerung an dem Demonstrationszug der KPD. Tausende von Arbeitern bildeten Spalier und bezeugten dem Aufmarsch ihre Sympathie. Besonders reger war die Beteiligung des Roten Frontkämpferbundes. Früh veranstaltete die Kapelle des Roten Frontkämpferbundes und dann im Rajernviertel und in Copih Platzkonzerte.

Maidemonstration in Leipzig

In Leipzig verliefen die Maidemonstrationen ohne Zwischenfälle. Die Demonstrationsveranstaltung der KPD fand vor dem Reichsgericht statt. Hier hielt Genosse Gehele eine Ansprache. Die Beteiligung der Leipziger Arbeiter an der Veranstaltung der KPD war sehr stark. Weit über 10.000 Teilnehmer marschierten auf. Die Beteiligung an der Kundgebung der SPD und Gewerkschaften war nach den uns bisher zugegangenen Mitteilungen, nicht sehr viel größer.

Die Massendemonstration unter rotem Banner Chemnitz, 2. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Die von der Kommunistischen Partei veranstaltete Demonstration fand unter äußerst starker Beteiligung der Chemnitzer Arbeiter statt. Die Zahl der Demonstrierenden betrug 15.000 und überzog damit die Zahl der an der Gewerkschaftsdemonstration Teilnehmenden.

Die Kundgebungen im Erzgebirge-Vogelnd wiesen ebenfalls eine verhältnismäßig gute Beteiligung der Arbeiter unter den Fahnen der KPD auf. Charakteristisch für die Demonstration war die Tatsache, daß zahlreiche Teilnehmer der Gewerkschaftsdemonstration sich später an der kommunistischen Demonstration beteiligten.

In Berlin demonstrieren eine halbe Million Unter den roten Fahnen

Berlin, 2. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Der Maiaufmarsch der Berliner Arbeiter gestaltete sich zu einer grandiosen Kundgebung gegen den Bürgerblock. Die Ber-

Für Mieterschutz und Wohnungsbau!

Der Reichsausschuß der Werktätigen ruft zum Kampf!

Die auf dem Kongreß der Werktätigen durch die einstimmig genehmigte Entschließung zur Miet- und Wohnungsfrage gekennzeichnete Lage der deutschen Mieter und Wohnungsgelassen hat sich durch eine Reihe weiterer Maßnahmen der Bürgerblock-Regierung erheblich verschärft. Der verhängnisvolle Dittler-Berordnung, die viele Zehntausende von Mittelstandsexistenzen bewußt dem Ruin entgegenreißt, folgten auf dem Fuße neue Angriffe auf die gesamte Mieterschaft. Durch Verordnung der Bürgerblock-Regierung im Reich wurden die Mieten zu 100% um je 10 Prozent der Friedensmiete, zum 1. April und 1. Oktober 1927, erhöht. Weitere Erhöhungen sollen nach den Ankündigungen der Bürgerblock-Regierung in kurzen Zeitabständen folgen, bis die Mieten in dem Wohnraum auf die doppelte Höhe der Friedensmiete gesteigert sind.

Der durch die Reichs- und Länderregierungen bereits stark durchlöcherter Mieterschutz soll in nächster Zeit völlig beseitigt werden. Reichsmietengesetz und Mieterschutz laufen am 30. Juni d. J. ab. Schon jetzt stößt das Hauskapital erneut gegen die Mieterschaft vor. Mit Hilfe eines sogenannten Übergangsgesetzes, das dem Reichstag bereits als Antrag unterbreitet ist, will es nach Ablauf der Mieterschutzgesetze am 1. Juli 1927 im raschen Tempo die letzten Reste der Mieterschutzbestimmungen bis Ende Juni 1928 radikal beseitigen. Unter der Herrschaft des Bürgerblocks hat dieser schamlose Vorstoß des Hauskapitals die größte Aussicht auf Verwirklichung. In den Landtagen sind Staatsbureaufträge und Hauskapital am Werke, die Mietsteigerungen vom 1. April und 1. Oktober zur Steigerung des Haushalterprofites und zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Länder und Gemeinden mit Beschlag zu belegen. Nur ein geringer Teil der erhöhten Hauszinssteuer soll zur Verringerung der unerträglichen Wohnkosten Verwendung finden. So entpuppt sich immer deutlicher die ganze Miet- und Hauszinssteuerpolitik aller bisherigen Reichsregierungen als ein unethischer Massenbetrug. Das alte Wohnungsgeld wächst trotz aller Miet- und Hauszinssteigerungen immer weiter. Eine wirkliche, den Interessen der breitesten Massen entsprechende Lösung des Wohnungs- und Mietproblems ist erst möglich nach Verwirklichung des Grund- und Hauszinses, sowie des gesamten Wohnungswesens durch den Kampf der Werktätigen um die wirtschaftliche und politische Macht.

Angeichts der verschärften Massenausplünderung durch Hauskapital und Bürgerblock fordert der Reichsausschuß alle Organisationen der Werktätigen, insbesondere die Mieterverbände und Gewerkschaften, auf, sofort den härtesten Kampf gegen Mieter- und Wohnungswesen zu organisieren. Die Gewerkschaften haben in der Nachkriegszeit alle Mietsteigerungen, die einen

direkten Lohnraub darstellten, ohne die geringsten Kompensationen hingenommen. Ohne stärksten Widerstand von unserer Seite gibt es überhaupt keinen Mieterschutz, sondern es geben nur die letzten Reste der bestehenden Schutzbestimmungen verblieben. Deshalb muß in den wenigen Wochen bis zum 30. Juni von den Mieter- und Gewerkschaftsorganisationen die größte Aktivität entfaltet werden.

In dieser verschärften Lage kennzeichnet der Reichsausschuß die nächsten Forderungen der werktätigen Mieterschaft folgendermaßen:

1. Aufrechterhaltung der Mieterschutzgesetzgebung und ihr weiterer Ausbau zu einem wirklichen und sozialen Wohnungsgesetz, wie dies bereits in der Entschließung des Kongresses der Werktätigen gefordert wurde.
2. Wiederherstellung des Mieterschutzes für die Gewerbetreibenden unter Aufhebung aller bisher ergangenen Abbauverordnungen der Länder.
3. Schaffung eines ausreichenden Wohnungsfonds aus Reichsteuern, Beseitigung der Hauszinssteuer bei gleichzeitiger entsprechender Senkung der Mieten, Begrenzung der Mieten auf den Friedensstand, solange die Hauszinssteuer nicht beseitigt ist.
4. Die Begrenzung der Miete auf den Friedensstand muß auch für die Wohnungen in Neubauten Geltung haben.
5. Bis zur Beseitigung der Hauszinssteuer restlose Verwendung ihres Aufkommens für den kommunalen Wohnungsbau und die kommunale Wohnungsfürsorge.
6. Sicherstellung des Mitbestimmungs- und Kontrollrechts der Mietervertretungen über die Verwendung der Inkassoleistungsgelder, die aus dem Hausbesitzeranteil auf 20 Prozent der jeweils erhobenen Mieten zu bemessen sind.
7. Schärfste Maßnahmen zur Verhinderung des Kapitalwuchers.

Der Reichsausschuß des Kongresses der Werktätigen fordert erneut die deutschen Mieterverbände und alle an der Bekämpfung eines sozialen Miet- und Wohnungsrechtes interessierten Organisationen der Werktätigen auf, zu den obigen Forderungen unverzüglich Stellung zu nehmen. Der Reichsausschuß selbst wird alle Kräfte einziehen, um den notwendigen Kampf gegen Mietswucher, Abbau des Mieterschutzes und Steigerung des Wohnungsgeldes ständig zu fördern. Er wird auch die Massenbewegung der Mieterverbände für ein Volksgesetz gegen Mietswucher und Wohnungswesen nach besten Kräften unterstützen.

Bild von dem Kampfwillen der Hamburger Arbeiterschaft vor dem Einzug der Kommunistischen Partei.

Der Maiaufmarsch in Düsseldorf

Düsseldorf, 2. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Maifeier nahm einen guten Verlauf. Tausende folgten den Fahnen der KPD und des RFB. Trotzdem die KPD der Ortsausschuß des ADGB und die SPD wiederholt aufgedröhrt hatte, lehnten diese die gemeinsame Demonstration ab. Die SPD verhielt sich durch einen Kaufvertrag mit den Unternehmern der Gewerkschaften und anderer Arbeiterorganisationen die Arbeiterschaft irreführen. Dieser Versuch scheiterte. Die Demonstration der SPD und des Ortsausschusses des ADGB endete mit ein Drittel der mit der KPD demonstrierenden Arbeiter. Der ADGB-Vorstand erklärte in seiner Rede, daß erst dann die Voraussetzung für ein gemeinsames Zusammengehen mit der KPD gegeben sei, wenn die KPD auf militärische Organisationen verzichte. Der ADGB sei Gegner der geballten Faust.

Der 1. Mai in Moskau

(Eigener Drahtbericht.)

In der Hauptstadt der weltrevolutionären Bewegung, in der Zentralland der Arbeiter- und Bauernstaaten Sowjetland, in Moskau, wurde der 1. Mai zu einem ausgeprägten Festtag. Die Beteiligung der Bevölkerung war gewaltig. Der Demonstration voraus ging eine Parade der Truppen der Stadt, die von dem Kriegskommissar Woroschilow abgenommen wurde. An der Parade nahmen die Mitglieder der Sowjetregierung und Vertreter des diplomatischen Korps teil.

Verkehrsstillegung in Prag zum 1. Mai

Prag, 1. Mai. (Telefon.)

Gestern fand eine Versammlung der Prager Straßenbahnen statt, die sich gleichfalls wie die früheren sowohl gegen die Aufnahme des Straßenbahnverkehrs am 1. Mai, wie gegen den Vermittlungsversuch, den Verkehr erst am Nachmittag anzunehmen, aussprach. Inzwischen hatte der Verwaltungsrat angeordnet, daß der Verkehr um 1 Uhr auszunehmen sei. Demzufolge arbeiteten die nationalsozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter nicht, dagegen traten die nationaldemokratischen Straßenbahner sowie das Ausschüßpersonal, an ungefähr 500 Mann, den Dienst um 2 Uhr nachmittags an. Am Vormittag verkehrte keine Straßenbahn.

Die Maidemonstration in Wien

An der am Sonntag in Wien stattfindenden Maidemonstration nahmen nach bürgerlichen Meldungen 70.000 Personen teil.

Der Streik der Dresdner Kraftdroschkenfahrer

Der Schiedspruch mit übergroßer Majorität abgelehnt

Der Streik wird fortgesetzt

Der Verkehrsband teilt mit:

Am Freitag, dem 29. April, hatte sich der Schlichter für Sachsen endlich entschieden, den am 4. April vom Dresdner Schlichtungsausschuß gefällten Schiedspruch nicht für verbindlich zu erklären. Gleichzeitig wurde der Schlichtungsausschuß Präsident beauftragt, von sich aus die Parteien amlich zu erneuten Verhandlungen zu laden. Diese Verhandlungen fanden am Sonnabend, dem 30. April, statt. Nach längeren Beratungen wurde folgendes Ergebnis bekanntgegeben: Der bisher zwischen der Interessengemeinschaft des Dresdner Kraftdroskfenfahrers und dem Verein der Dresdner Kraftdroskfenfahrers bestehende Mantellarifvertrag vom April 1926 gilt ab 1. Mai 1927 für den Deutschen Verkehrsband und den Arbeitgeberverband der Metallindustrie mit folgenden Abänderungen: Beim Punkt Arbeitszeit wird vorgegeben, daß der Wochenlohn für die gesamte Zeit, falls der Wagen im Betrieb gehalten wird. Die Entlohnung ist so geregelt, daß das bisherige Projektionsgehalt erhalten bleibt, der Garantelohn aber folgendermaßen festgelegt ist: Ab 1. Mai bis 31. Mai 42,60 Mark, ab 1. Juni bis 30. September 43,50 Mark, ab 1. Oktober bis 31. Juli 1928 45 Mark. Der Urlaub wird auf höchstens 8 Tage festgelegt. Die Bezahlung des Krankelohnes wird abgelehnt. Die Streitenden haben in einer am gleichen Tage stattgefundenen Versammlung, die fast vollständig besucht war, diesen Schiedspruch mit überatroher Majorität abgelehnt. Der Streik geht also weiter. Wir sind gespannt, ob der Schlichter diesen Schiedspruch für verbindlich erklären wird.

Das Verbot der „Olympia“ aufgehoben!

Das Scheinverbot für den „Wiking“. Keine Strafverfolgung für die falschlichen Staatsstreikführer.

In dem am Sonnabend zu Ende gegangenen Prozeß der Nordorganisationen „Wiking“ und „Olympia“ wegen ihres Verbotes durch die preussische Regierung verkündete der Staatsgerichtshof gegen 11 Uhr das Urteil, nach dem der „Sportverein Olympia“ weiter bestehen darf, während das Verbot für den „Wiking“ bestätigt wurde.

Der Senatspräsident Niedner erklärte bei der Begründung, daß der Staatsgerichtshof keine politischen Urteile fälle, sondern nach „Recht und Gerechtigkeit“ urteile. Im Falle des „Sportvereins Olympia“ sei die Voraussetzung für ein Verbot nach § 14 des Republikstrafgesetzes nicht gegeben. Das vorgelegte Material reiche nicht aus, um den Nachweis zu führen, daß der Bund ein Geheimbund sei. Im Falle „Wiking“ sei das Verbot gerechtfertigt. Der „Wiking“ sei als die Fortsetzung der Organisation „Conjug“ zu betrachten, der den gleichen Führer, den Kapitän Ehrhardt, habe, und auch die gleichen geheimen Ziele verfolg.

Dieses „unpolitische“ Urteil nach einer Verhandlung, die eine selten dagewesene Komödie darstellte, kam unter Mitwirkung der SPD-Führer Wisell, Aufhäuser und Brandes, des Demokraten Hartmann und des Zentrumsmannes Schmidt, zustande.

Die „Begründung“ für die Verbotsaufhebung der bewaffneten falschlichen Kampforganisation „Olympia“ ist von lächerlicher Plumpheit. Das Geheimnis der Verbotsaufhebung wurde von Herrn Niedner — mit Unterstützung der sozialdemokratischen und Weimarer Beisitzer — in der Geheimverhandlung enthüllt. Aus den Zusammenhängen des Prozesses ist auch für den Nichtteilnehmer an der nichtöffentlichen Sitzung klar: die Waffen der „Olympia“ stammen von den Reichswehr; sie arbeitete im enghen Kontakt mit der Gehele-Wehr. Darum wurde diese falschliche Staatsstreikorganisation freigesprochen und von Herrn Niedner dreist erklärt: der Zweck ihres Zusammenschlusses mit der falschlichen Kampf- und Nordorganisation „Wiking“ im sogenannten Wehrartikel sei nicht geklärt. Die Kosten im Verfahren gegen die Organisation „Olympia“ muß die preussische Staatskasse tragen.

Das Verbot der Organisation „Wiking“ hat wenig praktische Bedeutung, weil sie in ihrer Gesamtheit (bis auf eine kleine Berliner Gruppe um Gobenstern) inzwischen in den Stahlhelm übergetreten ist und der Kommandeur Ehrhardt sich dort seit Monaten führend betätigen kann. Die Tatsache, daß der Wikingbund die Fortsetzung der Nordorganisation G. ist, und nach dem zum November 1926 seine falschlichen Dittarpläne mit Gültigkeit der Femelegungen betriebl, konnte selbst Niedner nicht aus der Welt leugnen. Wohl aber vermochte er in seinem

Urteil nach „Recht und Gerechtigkeit“ (wie er sie als Klassenrichter auffaßt) die Verbotsaufhebung für die Organisation „Olympia“ auszusprechen.

Das Ergebnis des Leipziger Prozesses zeigt der Arbeiterschaft, daß die „republikanische“ Klassenjustiz der größten Rüge wegen die falschlichen Staatsstreiker und Arbeitermordorganisationen sich befleißigt. Oberst a. D. von Lud, der Führer der „Olympia“, auf dessen Schreibstück man den falschlichen Staatsstreikplan fand, und Oberst a. D. von Krauer, der den Aufmarschplan verfaßt, brauchen keine Angst zu haben, ein Hochverratsverfahren zu erhalten. Sie befinden sich auf freiem Fuß. Kapitän Ehrhardt darf, trotz Weines und Staatsstreikplänen, an der Spitze des Stahlhelm am 8. Mai nach Berlin marschieren!

Die Sozialdemokraten Wisell, Brandes und Aufhäuser können stolz darauf sein, bei dieser Klassenjustiz hilfreich mitgewirkt zu haben.



Die Fragen der chinesischen Revolution

Thesen des Genossen Stalin

Wir bringen nachstehend die Thesen des Genossen Stalin, die von ihm für die Propagandisten der KPSU geschrieben und vom ZK der KPSU gebilligt wurden.

Die Perspektiven der chinesischen Revolution

Die Hauptfragen, die den Charakter der chinesischen Revolution bestimmen sind:

- a) Die halbkoloniale Stellung Chinas und die finanziell-wirtschaftliche Herrschaft des Imperialismus.
- b) Das Joch der feudalen Leibeigenschaft, das durch das Joch des Militarismus und der Bürokratie vertieft wird.
- c) Der wachsende revolutionäre Kampf der Millionen der Arbeiter und Bauern gegen das Joch der Feudalen und der Bürokratie, gegen den Militarismus, gegen den Imperialismus.
- d) Die politische Schwäche der nationalen Bourgeoisie, ihre Abhängigkeit vom Imperialismus, ihre Furcht vor dem Schwünge der revolutionären Bewegung.
- e) Die wachsende revolutionäre Aktivität des Proletariats, das Anwachsen seiner Autorität unter den Millionen der Werktätigen.
- f) Das Bestehen der proletarischen Diktatur in der Nachbarschaft Chinas.

Daraus ergeben sich zwei Entwicklungsmomente der Ereignisse in China. Entweder wird die nationale Bourgeoisie das Proletariat geschlagen, sich in einen Schacher mit dem Imperialismus einlassen und zusammen mit diesem einen Feldzug gegen die Revolution unternehmen, um ihr durch die Errichtung der Herrschaft des Kapitals ein Ende zu bereiten. Oder aber das Proletariat drängt die nationale Bourgeoisie zur Seite, festigt seine eigene Hegemonie und führt die Millionenmassen der Werktätigen in Stadt und Land mit sich, um den Widerstand der nationalen Bourgeoisie zu überwinden, den vollen Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution zu erzielen und sie dann auf die Ebene der sozialistischen Revolution mit allen sich daraus ergebenden Folgen zu überführen.

Eines von beiden. Die Kräfte des Weltkapitalismus und das Bestehen der proletarischen Diktatur in der Sowjetunion, deren Erfahrungen vom chinesischen Proletariat erfolgreich benutzt werden können, erleichtern erheblich die Möglichkeit der Verwirklichung des zweiten Weges der chinesischen Revolution.

Andererseits bezeugt die Tatsache, daß der Imperialismus die chinesische Revolution in einer Einheitsfront angreift, daß es gegenwärtig unter den Imperialisten nicht jene Spaltung und nicht jenen Krieg gibt, wie sie beispielsweise vor der Oktoberrevolution bestanden und den Imperialismus schwächten, daß die chinesische Revolution auf dem Wege zum Siege auf weit größere Schwierigkeiten stößt, als die Revolution in Rußland, daß es im Verlaufe dieser Revolution unergleichlich mehr Fälle des Verrates und des Verrates geben wird als im Zeitabschnitte des Bürgerkrieges in der Sowjetunion.

Darum ist der Kampf zwischen diesen beiden Wegen der Revolution der kennzeichnende Zug der chinesischen Revolution. Gerade deshalb besteht die Hauptaufgabe der Kommunisten im Kampfe für den Sieg des zweiten Weges der chinesischen Revolution.

Die erste Etappe der chinesischen Revolution

Im ersten Zeitabschnitte der chinesischen Revolution, im Zeitabschnitte des ersten Feldzuges nach dem Norden, als sich die nationale Armee dem Jangtse näherte und Sieg auf Sieg errang, eine mächtige Bewegung der Arbeiter und Bauern aber sich noch nicht entfalten konnte, ging die nationale Bourgeoisie (nicht die Kampfbaren) mit der Revolution. Dies war die Revolution der vereinigten gesamtchinesischen Front. Dies bedeutet nicht, daß es keine Gegensätze zwischen der Revolution und der nationalen Bourgeoisie gegeben hätte. Dies bedeutet nur, daß die nationale Bourgeoisie, indem sie die Revolution unterstützte, sich bemühte, sie zu ihren Zwecken auszunutzen, um, indem sie sie hauptsächlich auf äußerliche Gebietseroberungen lenkte, ihren Schwünge zu begrenzen.

Der Kampf zwischen den Rechten und den Linken in der Kuomintang in diesem Zeitabschnitte war eine Widerspiegelung dieser Gegensätze. Der Versuch Tschang Kai-schiks im März 1926, die Kommunisten aus der Kuomintang zu vertreiben, war der erste ernsthafte Versuch der nationalen Bourgeoisie, die Revolution zu zügeln. Bekanntlich war das Zentralkomitee der KPSU schon damals der Ansicht, daß „die Linke auf die Erhaltung der kommunistischen Partei innerhalb der Kuomintang eingehen muß, daß der Austritt oder der Ausschluß der Rechten aus der Kuomintang betrieben werden“ muß (April 1926).

Dies war die Linie auf die weitere Entfaltung der Revolution, auf die enge Zusammenarbeit der Linken und der Kommunisten innerhalb der Kuomintang und innerhalb der nationalen Regierung, auf die Festigung und Isolierung der Rechten, auf die Unterordnung der Rechten unter die Disziplin der Kuomintang, auf die Ausnützung der Rechten, ihrer Verbindungen und ihrer Erfahrungen, sofern sie sich der Disziplin der Kuomintang unterordneten, aber auf die Vertreibung der Rechten aus der Kuomintang, sofern sie die Disziplin brachen und den Verrat an den Interessen der Revolution übten.

Die darauffolgenden Ereignisse haben die Richtigkeit dieser Linie voll und ganz erwiesen. Die mächtige Entwicklung der Bauernbewegung und die Organisierung von Bauernverbänden und Bauernauschüssen auf dem Lande, die mächtige Streikbewegung in den Städten und die Schaffung von Gewerkschaftsräten, das erfolgreiche Vordringen der nationalen Truppen gegen Schanghai, das von der Flotte und den Truppen der Imperialisten besetzt war, all diese und ähnliche Tatsachen bezeugen, daß die eingeschlagene Linie die einzig richtige Linie war. Nur aus diesem Umstande heraus kann die Tatsache erklärt werden, daß der Versuch der Rechten im Februar 1927, die Kuomintang zu spalten und in Nanjing ein neues Zentrum zu schaffen, angesichts der einmütigen Abwehr durch die revolutionäre Kuomintang in Wuhan scheiterte. Aber dieser Versuch war ein Vorzeichen dessen, daß im Lande eine Umgruppierung der Klassenkräfte vor sich geht, daß sich die Rechten und die nationale Bourgeoisie nicht beruhigen werden, daß sie ihre Arbeit gegen die Revolution verstärken werden.

Das ZK der KPSU hat daher das Recht, als es im März 1927 sagte, daß a) „gegenwärtig die chinesische Revolution im Zusammenhange mit der Umgruppierung der Klassenkräfte und der Konzentration der imperialistischen Armeen eine kritische Wendung durchläuft, und daß ihre weiteren Stöße nur bei einem entscheidenden Kurse auf die Entfaltung der Massenbewegung möglich sind“, daß b) „der Kurs auf die Bekämpfung der Rechten und Bauern, auf die Umwandlung der Bauernauschüsse in der Provinz in tatsächliche Machorgane mit bewaffneten Selbstschutz eingehalten werden muß“, daß c) „die kommunistische

Partei die verräterische und reaktionäre Politik der rechten Kuomintang-Mitglieder nicht verhehlen darf und die Massen um die Kuomintang und die kommunistische Partei Chinas bei der Enthaltung der Rechten mobilisieren muß“ (3. März 1927).

Es ist daher leicht zu verstehen, daß im weiteren Verlaufe der mächtigen Schwünge der Revolution einerseits und der Ansturm der Imperialisten in Schanghai andererseits die nationale Bourgeoisie in das Lager der Konterrevolution überleiten mußten, ebenso wie die Belegung von Schanghai durch die nationalen Truppen und die Streiks der chinesischen Arbeiter die Imperialisten zur Entfaltung der Revolution zwingen mußten. So ist es denn auch zu verstehen, daß die Sicherstellungen von Nanjing dienen in dieser Beziehung als Signal zur neuen Scheidung der kämpfenden Kräfte in China. Dadurch, daß die Imperialisten auf Nanjing schossen und ein Ultimatum stellten, wollten sie zeigen, daß sie die Unterstützung der nationalen Bourgeoisie zum gemeinsamen Kampfe gegen die Revolution suchen. Durch die Bekämpfung von Arbeiterversammlungen und durch den veranlaßten Umsturz löste Tschang Kai-schik gewissermaßen als Antwort auf die Aufforderung der Imperialisten, daß er bereit sei, sich zusammen mit der nationalen Bourgeoisie gegen die Arbeiter und Bauern in einen Schacher mit den Imperialisten einzulassen.

Die zweite Etappe der chinesischen Revolution

Der Umsturz Tschang Kai-schiks bedeutet das Abbrechen der nationalen Bourgeoisie von der Revolution, das Entstehen eines Zentrums der nationalen Konterrevolution und den Schacher der Rechten mit dem Imperialismus gegen die chinesische Revolution.

Der Umsturz Tschang Kai-schiks bedeutet, daß es in Südhina nun nur ab zwei Lager, zwei Regierungen, zwei Armeen, zwei Zentren, das Zentrum der Revolution in Wuhan und das Zentrum der Gegenrevolution in Nanjing, geben wird.

Der Umsturz Tschang Kai-schiks bedeutet, daß die Revolution in die zweite Etappe ihrer Entwicklung eingetreten ist.



Genosse Stalin spricht aus dem Mikrophon

daß eine Wendung von der Revolution der gesamtchinesischen vereinigten Front zur Revolution der vielen Millionen Millionen Massen der Arbeiter und Bauern zur Agrarrevolution begonnen hat, die den Kampf gegen den Imperialismus, gegen die Grundbesitzer und die feudalen Grundbesitzer, gegen die Militaristen und gegen die gegenrevolutionäre Gruppe Tschang Kai-schiks vertieft und vertieft wird.

Dies bedeutet, daß sich der Kampf zwischen den Wegen der Revolution, zwischen den Anhängern ihrer Entwicklung und den Anhängern ihrer Liquidierung Tag zu Tag verschärft wird, wobei er die ganze gegenwärtige Zeitspanne der Revolution ausfüllt.

Dies bedeutet, daß sich die revolutionäre Kuomintang Wuhan durch einen entschiedenen Kampf gegen den Militarismus und Imperialismus in der Tat in ein Organ der national-demokratischen Diktatur des Proletariats und Bauernschaft verwandelt wird, die gegenrevolutionäre Gruppe Tschang Kai-schiks in Nanjing aber dadurch, daß sie sich von den Arbeitern und Bauern löst und dem Imperialismus nähert, letzten Endes das Gesicht der Militaristen teilen wird.

Daraus folgt aber, daß die Politik der Erhaltung der Einheit der Kuomintang, die Politik der Isolierung der Rechten innerhalb der Kuomintang und ihrer Ausnützung für die Zwecke der Revolution den neuen Aufgaben der Revolution bereits nicht mehr entspricht. Diese Politik muß durch die Politik der entschlossenen Vertreibung der Rechten aus der Kuomintang, durch die Politik des entschlossenen Kampfes gegen die Rechten bis zu deren vollständiger Liquidierung, durch die Politik der Konzentrierung der gesamten Macht im Lande in den Händen der revolutionären Kuomintang, der Kuomintang ohne ihre rechten Elemente, der Kuomintang als eines Blodes zwischen den Linken und den Kommunisten abgelöst werden.

Daraus folgt weiter, daß die Politik der engen Zusammenarbeit zwischen den Linken und den Kommunisten innerhalb der Kuomintang in dieser Etappe besondere Kraft und besondere Bedeutung gewinnt, daß diese Zusammenarbeit das sich herausbildende Bündnis der Arbeiter und Bauern außerhalb der Kuomintang widerspiegelt, daß ohne eine derartige Zusammenarbeit der Sieg der Revolution unmöglich ist.

Daraus folgt ferner, daß die Hauptquelle der Kraft der revolutionären Kuomintang die weitere Entfaltung der revolutionären Bewegung der Arbeiter und der Bauern und die Stärkung ihrer Massenorganisationen, der revolutionären Bauernauschüsse, der Arbeitergewerkschaften und der anderen revolutionären Massenorganisationen als der vorbereitenden Elemente der Sowjets in der Zukunft ist, daß das Hauptpland des Sieges der Revolution das Anwachsen der revolutionären Aktivität der Millionenmassen der Werktätigen ist, das wichtigste Gegenmittel gegen die Gegenrevolution aber die Bewaffnung der Arbeiter und Bauern ist.

Daraus folgt schließlich, daß die kommunistische Partei, indem sie in den gleichen Reihen wie die revolutionären Kuomintang-Mitglieder kämpft, mehr denn je ihre Selbstständigkeit bewahren muß als eine notwendige Voraussetzung für die Sicherung der Hegemonie des Proletariats in der bürgerlich-demokratischen Revolution.

Film und Alkohol

Der Bischof von Southwark in England hat kürzlich in London einen öffentlichen Vortrag über den Einfluß des Films auf die Moral der „unteren Volksklassen“ gehalten. Er kam dabei zu dem Schluß, daß der Film im großen und ganzen aufs Wärmere zu begrüßen sei als ein vorzügliches Mittel der Ablenkung und Beruhigung. Früher habe es für die notleidenden Volksklassen oft kein anderes Mittel der psychischen Anspannung gegeben als den Alkohol; heute leiste der Film denselben Dienst gefahrloser. Darin mag der Bischof recht haben; wenn er aber außerdem behauptet, im Film könne jeder leben, daß auch die Ärmsten einmal zu Gold kommen können, und auf der anderen Seite alle irdischen Güter unbeschränkt seien, so merkt man doch, daß dahinter das kirchlich-christliche Bestreben steht, die „unteren Volksklassen“ auf den Himmel zu verfrachten, damit sie sich inzwischend vom Kapital auf irdische Weise ausbeuten lassen.

Das Perpetuum mobile



ist ein alter und ewiger junger Traum der Menschheit. Das Problem, einer stets sich erneuernden Kraft Gestalt zu geben und sie zu verwirklichen, ist der Wunsch und die Sehnsucht aller Menschen. Wonach sie verlangen, woran Taufende genialster Köpfe sich abmühten, das hat seine Erfüllung gefunden in dem späteren Genuß, den eine so vollkommene Zigarette wie...

Greiling Schwarz-Weiß 4

Spendet. Die Freude an ihrem edlen Aroma nimmt nie ab, die Qualitäten ihrer capricios milden Dufte bleiben sich stets gleich, ihr Konsum bedarf keiner Kraftanstrengung, der Genuß ist immer der gleich ausgezeichnete. Der mühe-lose Freudon-Rhythmus, das Perpetuum mobile im Munde des Rauchers hat sich selbstlos verwickelt in Greiling-Schwarz-Weiß.

96. Bezirkstag in Birna

Geschäftsbericht — Rechnungslage 1925 — Wahl der Ausschüsse für Gerichtshöfen usw. — Haushaltsplan — Die bürgerliche Fraktion geht aus dem Leim — Die Sozialdemokraten schlagen Vorschläge.

Der Geschäftsbericht für das Jahr 1925 wird ohne Diskussion dem Amtshauptmann entgegengenommen. Darauf folgte die Rechnungslegung für das Jahr 1925. Die Kommunitäten über die Rechnungslegung, die die Nachprüfung nur durch Bürgerliche und Sozialdemokraten erfolgt ist. Die Mehrheit hat sich bekanntlich dagegen geäußert, daß ihnen die Kommunitäten in derartigen Fällen nicht zustehen. Hier wurden Dr. Steudner, Schmidt und Heide, Heidepau, eintrachtig und unauffällig Hand in Hand. Zu Punkt 3, der den amtlichen Stimmzettel für die Bezirkstagswahl hergeleitet verlangt, wurde die Vorlage des Bezirksausschusses durch Annahme des kommunikativen Antrages verbessert. Die Verteilung der amtlichen Stimmzettel wird nicht mehr von der Amtshauptmannschaft, sondern von den jeweiligen Wahlkreisvereinen veranlaßt. Zu Punkt 4, Wahl von Vertrauensmännern und deren Stellvertretern in die Ausschüsse zur Wahl der Gerichtshöfen und Geschworenen für das Jahr 1926 werden unterleitet in Vorschlag gebracht für Amtsgerichtsbezirk Birna die Genossen Braun, Paul, Schadowitz, Grühl, Paul, Strupp; Amtsgerichtsbezirk Königstein: Harlich, Otto, Königstein; Amtsgerichtsbezirk Schandau: Hauske, Otto, Schandau, Müller, Herber, Reinhardt; Amtsgerichtsbezirk Sebnitz: Kuth, Hermann, Hertzog, Wollmann, Adolf, Sebnitz. Da auf dem Bezirkstag nur 2 Kommunitäten sitzen, mit allerdings mehr als ein Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung, die SPD aber 11 und die Bürgerlichen 14 Bezirksabgeordnete zählen, geht unser Vorschlag vollständig leer aus. Damit wird die Eintracht der Justitia wiederum nicht gebrochen. Die jeweils 7 Personen und 7 Stellvertreter werden wie bisher nur von den Bürgerlichen und Sozialdemokraten gestellt.

Kämpfe entwickeln sich zu Punkt 5: **Wahlrechtsordnung für den Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.**

Durch Reichsgesetz ist die sogenannte Getränkesteuer im bisherigen Umfang für die Reichsgebiete abgeändert, jedoch keineswegs für die Getränke, die die breiten arbeitenden Massen genießen, sondern nur für den „Suff“ der bekannenden Klassen. So kommt in Wegfall: die Steuer für Traubenweine und weinartige Getränke, Schaumweine oder Schaumweinähnliche Getränke, Fruchtbaumweine, ungeschütteltere Kräfte und verschütteltere Kräfte oder Trankbranntwein usw. Aber für das Bier sollen nach Vorlage 7 Prozent des Verkaufspreises Steuern gezahlt werden. Die Sozialdemokraten, u. a. auch Heide, Schadowitz, plädierten für diese Maßnahme, wenn halt Verhältnisse der Rechnungswirtschaft als Grundlage für die Festsetzung der Höhe angenommen wird. Die Genossen Winkler und Schreier meinten im Gegenteil hierzu darauf hin, daß der Reichstag die Steuern für den Feinrad radikal befreit, Kraftfahrern aber für die armen Leute nicht nur beibehält, sondern sogar die Möglichkeit zur Erhöhung gibt. Da sich im bürgerlichen Lager ein Schanzwehr und Mineralwasserfabrikant aus Bad Schandau befindet, der aus Interessegründen veranlaßt gegen diese Steuererhöhung eingetreten sein muß, so leiten unsere Genossen die volle Forderung der Abtötung und Verantwortlichkeit der Sozialdemokraten für die Biersteuer dar! Hier hatten die Sozialdemokraten in der Hand, ihre 11 Mann mit den 2 Kommunitäten und dem einen bürgerlichen Gewerbetreibenden in voller Schärfe in die Waagschale zu werfen, und die Anrechtigkeit der Steuerpolitik des Reichsbürgertums im Reich zu durchbrechen.

Die volle Schwere der Verantwortlichkeit für die Belastung der arbeitenden Bevölkerung durch eine Biersteuer treffen also heute die Sozialdemokraten.

Selbst der bürgerliche Schanzwehr mußte beistimmen, daß das einfache Bier am höchsten besteuert werden soll. Statt 1 Mark kame pro Liter 1,80 Mark. Das hatte nun, Goldbier würde von 2 Mark auf 2,50 Mark erhöht. Das nach Sachkenntnis einzuordnende bürgerliche oder böhmische Bier, sogenannte Qualitätsbiere für die reichen Leute, kommen in der Belastung durch die Steuer noch wesentlich billiger zu stehen — kaum die Hälfte! Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß für die Schaumweine pro Liter 0,75 Mark, für keine Vitale, die ausnahmslos durch den Hals der Bürgerlichen rinnen, pro Liter 0,90 Mark in Wegfall komme. Schnaps und Trankbranntwein werden steuerlich um 0,45 Mark befreit. Das Bier aber soll die Belastung nicht nur durch den armen Mann weiter tragen, sondern erhöht werden! Ein Schändchen der sozialdemokratischen Herde machte sich lächerlich durch die Bemerkung, daß sie als Sozialdemokraten nunmehr dem kommunikativen Antrag zustimmen, um hiermit den Kommunisten Gelegenheit zu geben, binnen Jahresfrist zu beweisen, daß das Bier billiger wird. Das war eine nicht als glückliche Welterwartung dieses Umfalles.

Die Bürgerlichen beantragten in der Erwartung Zustimmung im sozialdemokratischen Lager Abstimmung per Stimmzettel, verhinderten aber nicht.

daß die Vorlage für die Biersteuer mit 11 gegen 13 Stimmen Ablehnung fand.

Der Fraktionsführer Dr. Steudner, Bürgermeister, Schmidt, verzichtete nach der Niederlage die Biersteuer aber noch bis zum 1. 6. zu retten. Das wurde durchstrennt durch den Antrag Schreier, die Biersteuer ab 1. 5. in Wegfall kommen zu lassen.

Nach Paragraph 27 Absatz 1 des Landesverfassungsgesetzes werden zur Berechnung der Bezirksumlage unter anderem auch die Zahlungen zur Grund- und Gewerbesteuer zurande gelegt. Je weniger Grund- und Gewerbesteuer von einer Gemeinde erhoben wird, um so niedriger ist danach die Bezirksumlage. Eine Vorlage schlägt vor, für die Berechnung der Bezirksumlage allgemein einen 100prozentigen Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer zugrunde zu legen. Zustimmung Grund- und Gewerbesteuer zugrunde zu legen. Zustimmung hierzu erfolgte einstimmig, ebenso auch zu Punkt 7, Sanierung des Wohnungsbedarfs des Bezirksverbandes und Punkt 8, Stellenplan für die Angestellten der Arbeitsnachweise.

Die Landesregierung hat der Amtshauptmannschaft für die Minderwertigkeitsentschädigung 25.000 Mark zur Verfügung gestellt, die mit 5 Prozent zu verzinsen und bis zum 31. Dezember 1925 zurückzahlen sind. Vorgelegt wurde diese Summe der Minderwertigkeitsentschädigung m. b. H. in Birna gegen Enttragung einer mündelnderen Sicherheitshypothek auszuweisen.

Bei der Beratung des Haushaltsplans der Bezirksheime Birna und Gottleuba wurde vom Sozialdemokraten Heide der Vorschlag gemacht, dem Amtshauptmann mit 7248 Mark Jahresentlohnung ein Dienstgebäude mit Wohnung usw. zu errichten. Ueber die Planung und alles drum und dran hielt man sich sehr im stillen, so daß die kommunikativen Fraktion der ganzen Sache miträthlich gegenüberstand und demgemäß veranlaßt, einmal erst eine genügend durchgearbeitete Vorlage auszuarbeiten und dem Bezirkstag dann vorzulegen. Die Erfahrungen verschiedener Bauunternehmungen der Amtshauptmannschaft so das Kinderferienhaus in Gottleuba, das zu 200.000 Mark veranlaßt, dann letzten Endes 370.000 Mark Kosten verursachte, ermunterten nur zur Stille. Schließlich wurde beschlossen, davon abzusehen, dem Amtshauptmann Heide in einem Monatslohn zu überheben. Statt dessen soll sich der nächste Bezirkstag mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Die sozialdemokratische Fraktion folgte hier nicht mehr ihrem Vorkühler Heide, sondern veranlaßt ihn zur klamäthen Zurückziehung seines Antrages. Im übrigen wurde der Haushaltsplan der Bezirksheime sowie des Kindererholungsheimes Großgraupe einstimmig zum Beschluß erhoben.

Bestimmte Auseinandersetzungen gab es bei der **Erledigung des Haushaltsplanes des Bezirksverbandes.**

Genosse Schreier er wies auf den erschlaffenden Reizten des Bezirksverbandes, Amtshauptmann von Thümmel, hin, der nach Behauptungen der sozialdemokratischen Presse der Reichsnationalen Partei angehört. Demgemäß kann für die Kommunitäten nicht in Frage kommen, daß diesem Amtshauptmann für Reizeaufwand außer seiner an und für sich sehr guten Bewahlung auch noch 5.150 Mark in einem Jahr gezahlt werden.

Da an die Staatskasse vom Bezirk für Reizeaufwand 1.000 Mark abgeführt werden müssen, beantragt Genosse Schreier die Erhöhung des 2.850 Mark.

Die Sozialdemokraten erklärten hierzu, daß sie jedem das Seine und dem Amtshauptmann die Reizegeber zufommen liegen.

Soeben erschien die neue Massenbroschüre



24 Seiten, mit Bildanschlag Preis 10 Pfennig

Zu haben in der Buchhdlg. Groß, Jakobsgasse

Der 96ste Bezirkstag hat folgende Beschlüsse gefaßt:

an gemeinnützige Zwecke im Bezirk	1000 Mark
Zuschüssen für die Jugendvereine	500 Mark
Beschaffung für die Stadt Sebnitz	1000 Mark
Schulvereine für die Stadt Sebnitz	1000 Mark
Bereit für Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik (Schwarz-Weiß)	500 Mark
Bereit für Arbeiterkolonien (Schwarz-Weiß)	500 Mark
Insgesamt also	1.000 Mark

Auch für die Unterstützung an inwendliche Verbände und Vereine konnten die kommunikativen Vertreter keine Zustimmung geben, solange sie nicht Zustimmung bekommen, wie diese Organisationen sind, die die Gelder bekommen. Hierfür sollten weitere 500 Mark gezahlt werden.

Bürgerliche und Sozialdemokraten stimmten in allen diesen Fällen einstimmig die Anträge der Kommunitäten ab.

Zum Wegbau wurden 60.000 Mark als notwendig anerkannt. Da aber die Sparpolitik auch für diese Zwecke sich breitmacht, wird statt 30.000 Mark, wie nach dem Gesetz notwendig, nur 20.000 Mark eingekesselt. Unter entsprechender Antrag wurde von der großbürgerlich-sozialdemokratischen Einheitsfront abgesehen. Die bürgerliche Exekutive des Bezirksverbandes hat gegenüber den Anträgen des Reichsverbandes der deutschen Industrie erhebliche

Ersparnis im Wohlfahrts- und Jugendamt
Im Rechnungsjahr 1926 soll, so bei der Gebamementlichdigung 100 Mark, an Zuschüssen für Tuberkulosekuriosstellen 500 Mark, für die Errichtung einer zentralen Tuberkulosekuriosstelle wurde die gesamte Summe von 9000 Mark gespart (Jahresgesamt). Bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sind 600 Mark im Beutel geblieben, während die bürgerlichen Samaritervereine für Krankenauto und Samariterdienst ihre vollen Beiträge erhalten haben. Die Ersparnis in der Sozialfürsorge betragen etwa 37.000 Mark. Den Kleinrentnern, den in der Infaktion betroffenen Spargern usw. wurden 34.000 Mark weniger gezahlt als vorgelesen war.

Insgesamt wurde so unter kläglichem Gebrauche der Sozialdemokraten eine Summe von rund 163.000 Mark in der Wohlfahrtspflege erspart.

Der kommunikativen Reaktionsredner kritisierte diesen Zustand in scharf, daß es den Sozialdemokraten schließlich unangenehm wurde. Wieder war es Herr Heide, der erklärte: „Alles, was Schreier hier vorgeschlagen hat, ist von den Sozialdemokraten schon längst bei früheren Gelegenheiten im Bezirksauschuss usw. viel besser besprochen worden.“ Genhardt hat sich aber darin gar nicht! Dem Dr. Steudner aus Sebnitz attestierte Heide, daß die Kommunitäten die Sozialdemokraten grundsätzlich bekämpfen müßten. Die Sozialdemokraten waren mit den Bürgerlichen in dieser Situation eine Seele und ein Gedanke. Da die SPD den bürgerlichen Etat „glänzend“ verteidigte, verstanden die Reaktionsredner auf jede Wortmeldung! Die sozialdemokratischen Knechte hatten es ja so gründlich besorgt! Selbst das fanden die Herren Soys für möglich, daß die Arbeiter ein paar Groden Taxistuer zahlen müßten. Bürgerliche und Sozialdemokraten stimmten auch den Festungsmitteln nach der Vorlage zu. Bei der Generalausgabe ließen die Sozialdemokraten den Bürgerlichen vorweg zum Tempel hinaus, damit sie von der kommunikativen Wallstraße über ihre jammerlappige Politik nichts hörten. Die Gesamtstimmung ergab das altbewährte Bild, bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront, getreu der Abmachung im Bezirksauschuss. Die Kommunitäten lebten den Haushaltsplan ab.

Der Kampf innerhalb der Schuhmacherwangeninnung zu Freital

Ein Mitglied der Schuhmachervereinigung Freital bittet uns um Aufnahme folgender Zuschrift: „Seit längerer Zeit besteht innerhalb der Schuhmachervereinigung Freital ein Kampf gegen die eigenen Mitglieder, welche sich nicht nach den Zwangsinnungsgrundsätzen richten, sondern nach den wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Innung darf laut Gesetz keine Preise festlegen, das soll Sache jedes einzelnen Schuhmachers selbst sein. Nach dem ich nun herausgestellt, daß einige Schuhmacher es auf ihre Art, trotz Verarbeitung von bestem Material, verstehen, anders als die Innung, sowie günstiger für die Kundenschaft und auch für sich als Schuhmacher zu kalkulieren, beginnt die Zwangsinnung aus ihrer verfesteten Form in den offenen Kampf zu treten. Sie verteilte Flugblätter gegen die eigenen Mitglieder, in denen sie schreibt: 'Jeder Schuhmacher ist in der Lage, bei geringem Material billige Preise zu stellen, darum bleibt bei euren erprobten Handwerksmeistern.' Aber das Publikum ist eben heute 'leider' schon soweit selbständig und läßt sich eben nicht zwingen durch die Schuhmacher-Zwangsinnung, wo es hingehen und nicht hingehen soll, sondern es bestimmt jeder einzelne selbst, und er wird dort hingehen, wo er ehrlich und vor allem mit gutem Material beheimet wird. Wenn das die Zwangsinnung auch tut, warum muß sie dann Flugblätter zur Verteilung bringen? Das Flugblatt ist ein bedenkliches Zeichen für die Schuhmacher-Zwangsinnung Freital.“

Verantwortlich für den Dresdner und Oskahentell: Bruno Goldhammer, Dresden; für den gesamten übrigen Inhalt: Rudolf Renner, Dresden — Druck: „Venus“, Druckerei, Dresden

DER SPITZEL

Von Maxim Gorki

(82. Fortsetzung)

„Nun, erlauben Sie, wenn uns Ihnen die Freiheit gegeben ist, so hat jedermann das Recht...“

„Hört ihr? Diese Vordienstleute ziehen durch die Straßen und schlagen das Volk nieder, das sich für die Rechte des Herrschers gegen den Verrat erhebt — und wir ruhigen rechtgläubigen Leute dürfen nicht einmal ein Wort dazu sagen! — Ist das die Freiheit?“

„Das gibt eine Bräuterei“, sagte Klimow ängstlich. „Sie werden noch jemanden todschlagen...“

„Ach, was bist du für ein Mensch! — Nun, gehen wir! — Sie der Teufel! Was gibt's dich schließlich an?“

Reinow warf das Geld auf den Tisch und schritt mit gekrümmtem Kopf, um kein auffällendes Gesicht zu verbergen, nach dem Ausgang zu.

Auf der Straße war es dunkel und kalt. Seine Stimme nach Möglichkeit dämpfend, fuhr Reinow in der begonnenen Erzählung fort.

„Wie ich im Gefängnis lag — es war wegen eines Wertmeisters, der bei uns in der Fabrik erwürgt worden war — da wir mir etwas Wertwürdiges begehrt. Alle sagten mir, auf Erwölgen gibt's Zwangsarbeit, der Untersuchungsrichter sagte es und die Genodäten — kurz, alle schrien mich...“

„Ich war noch jung und wollte von Zwangsarbeit nichts wissen... Manchmal habe ich sogar bitterlich gemeint...“

Er begann in bellenden Tönen zu hühen und verlangte den Schritt.

„Einmal nun kam der Gehilfe des Gefängnisaufsehers, Alexej Kozimisch — ein hiebreres Alter, er liebte mich und war ganz vergnügt mit mir. Ach, sagte er, Wajin — mein wirklicher Name ist nämlich Wajin — ach, Bruder, du bist mit recht leid, du bist ein Unglücksvogel...“

Seine Rede floß einformig, melancholisch dahin, und es war, als ob sie ihn, gleich einem schmalen Pfade, irgendwohin in eine dunkle Tiefe, in ein Reich schauerig spannender Räuden hinabführte.

„Er kommt also zu mir. 'Ich will', sagt er, 'dich für ein...“

arbeit, doch du kannst ihr aus dem Wege gehen. Hier müßtest du es übernehmen, einen Menschen hinarichten. Dieser Mensch ist wegen eines politischen Wortes verurteilt, er wird nach dem Gesetz gehängt, in Anwesenheit eines Geistlichen; man wird ihm das Kreuz zum Rücken geben, so daß alles mit rechten Dingen zugeht.“ Ich sagte: „Wenn's mit Erlaubnis der Obrigkeit geschieht, und man mit dafür verzicht, so will ich ihn hängen, nur verzicht' ich das nicht.“

„Wir werden dich schon anlernen“, sagte er. „Bei uns ist jemand, der verzicht's, aber er ist gelähmt, und kann es selbst nicht tun.“ Nun, sie nahmen mich also an einem Abend vor — im Karzer war es — festen Lumpen in einem Sack, banden ihn mit einer Schnur ab, machten eine Art Hals, und ich lag den Sack auf einen dicken Haufen und lernte es schließlich. Früh morgens gaben sie mir dann eine halbe Flasche Schnaps zu trinken, luden mich auf den Hof, auf dem Soldaten mit Gewehren standen, und ich sah, das Schafott war schon aufgebaut, das heißt nämlich, der Galgen, und allherum Leute von der Obrigkeit standen davor. Alle hielten sich ein, zichen sich wie die Igel zusammen — es war nämlich kalt, November... Ich befeigte das Schafott, und die Bretter wackeln und knirschen unter meinen Füßen wie Zahne. Mir ward doch recht unangenehm ummte, und ich sagte: „Geht mir noch Schnaps, sonst fürchte ich mich.“ Sie taten es. Dann führten sie ihn heraus...“

Reinow begann von neuem dumpf zu husten, wobei es sich an den Hals setzte, während Jewsej sich an ihn lehnte und bemüht war, mit ihm gleichen Schritt zu halten. Den Blick aber hielt er zur Erde gerichtet und wagte weder seitwärts noch getoben zu gehen.

„Ich lebe — ein kräftiger, junger Mensch in's. Er steht fest und höher da und fährt sich nur immer über's Haar, von der Stirn nach dem Nacken zu. Ich zog ihm das Reichsgewand über und habe ihm dabei jedenfalls weh getan, tursum, er sagte zu mir leise, ohne Spur von Kerger, Vorhitzig, Bruder!...“

„Ja!... Der Voge gibt ihm das Kreuz, aber er meint: 'Lebendigen Sie sich nicht, ich glaube nicht...“

„Und kein Gesicht sah ich, als wäre ihm alles, was nach dem Tode sein wird, ob heute, oder morgen, oder später, ganz genau bekannt...“

„Zugewandt habe ich ihn dann abgewandt, ich starrte aber dabei am ganzen Leibe meine Hände waren ganz-tot, meine Hände mautlich, und überhaupt war mir schrecklich ummte. Hab alles das durch

ihn, weil er so ruhig war, so als Gebieter und Herr über dem Tode stand...“

Reinow verstummte, sah um sich und ging rascher vorwärts.

„Nun — und was weiter?“ fragte Jewsej flüsternd.

„Nun, ich habe ihn eben gehängt, das ist alles...“

„Nun, ich lebe jener Zeit, wenn ich lebe oder höre, daß man einen Menschen zum Tode befördert hat, immer an ihn denken...“

„Nach meiner Ansicht wüßte er ganz allein, was die Wahrheit ist...“

„...darum fürchtete er sich auch nicht...“

„Vor allem wüßte er, was morgen sein wird...“

„...was sonst niemand weiß...“

„Dür' mal, Jewsej, komm doch heute zu mir, kanzist bei mir nächsten Einserstanden?“

„Gut“, sagte Klimow leise.

Er war recht froh über den Vorschlag — er hätte jetzt nicht allein nach Hause gehen mögen, durch all die Straßen, in der Dunkelheit. Er fühlte sich beengt, und in seinen Knochen lag eine dumpfe Schwere, als schritte er nicht über die Erde hin, sondern kroche langsam und müde in der Erde vorwärts, die ihn auf Klüften und Brüst, auf Kopf und Lenden drückte und ihm schmerzhaft als unermessliches Ziel eine jähe Grube verhielt, in die er jeden Augenblick durchbrechen müßte, um weiter und weiter in eine endlose, kumme Tiefe zu stürzen...“

„Abgemacht“, sagte Reinow. „Aber würde ich mich nur langweilen.“

„Du solltest Saucha todschlagen“, meinte Jewsej in dumpfer Untube.

„Was redest du da?“ entgegnete ihm Reinow. „Reinow wohl, ich liebe das Totschlagen? Sie haben mir später noch zweimal gelang, ich sollte jemand aufhängen, eine Frau nämlich und einen Studenten, doch ich hab's verweigert. Wagh' ich wieder mal jemanden tot, dann häß' ich's mit zweien zu tun, halt mit einem. Sie erscheinen einem ja, die man getötet hat...“

„Sie kommen wieder...“

„Däufig?“

„Je nachdem. In manchen Zeiten kommen sie jede Nacht...“

„Wie soll man sich gegen sie wehren? Zu Gott beten kann ich nicht, hab' die Gebete ausgelesen...“

„Reicht das?“

„Ich weiß die Gebete noch...“

(Fortsetzung folgt)

